

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

INHALT

40. Tiroler Freizeitwohnsitz- und
Leerstandsabgabegesetz (TFLAG)

41. Aktuelle Rechtsfragen zur Tiroler
Gemeindeordnung 2001 - TGO

42. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
August 2022

43. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis August 2022

*Verbraucherpreisindex für
Juni 2022 (vorläufiges Ergebnis)*

40.

Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabegesetz (TFLAG)

In der Landtagssitzung vom 6. Juli 2022 hat der Tiroler Landtag das Gesetz über die Erhebung einer Freizeitwohnsitzabgabe und einer Leerstandsabgabe (Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabegesetz - TFLAG) beschlossen. Das Gesetz wird voraussichtlich im September 2022 im Landesgesetzblatt kundgemacht und mit 1. Jänner 2023 in Kraft treten, gleichzeitig wird das Tiroler Freizeitwohnsitzabgabegesetz - TFWAG, LGBl. Nr. 79/2019, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 115/20221, außer Kraft treten.

1. Freizeitwohnsitzabgabe

Die Regelungen zur Freizeitwohnsitzabgabe bleiben im Wesentlichen unverändert aufrecht. Mit Inkrafttreten am 1. Jänner 2023 werden unter Berücksichtigung der Inflation sowohl die Mindest- als auch die Höchstbeträge der Freizeitwohnsitzabgabe erhöht, sowie die Kriterien für deren Festlegung angepasst. Da sich das Kriterium der finanziellen Belastungen der Gemeinden, welche durch Freizeitwohnsitze entstehen und nicht bereits durch Benützungsgebühren und Interessentenbeiträge abgegolten werden, nicht bei allen Gemeinden

gleichermaßen als praxistauglich erwiesen hat, sollen diese bei der Festlegung der Abgabenhöhe nur mehr **wahlweise** berücksichtigt werden. Solche finanziellen Belastungen können etwa der Winterdienst oder die Straßenerhaltung sein. Aus diesem Grund ist nunmehr alleiniges verpflichtend zu berücksichtigendes Kriterium für die Festsetzung der Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe der Verkehrswert der Liegenschaften in der Gemeinde. In diesem Zusammenhang wird auf die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes vom 07.03.2022, V54/2021 und V157/2021, sowie auf das Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Tirol vom 02.06.2022, LVwG-2022/20/2677-5, hingewiesen.

Da sich neben der gesetzlichen Grundlage auch die Mindest- und Höchstbeträge der Freizeitwohnsitzabgabe geändert haben, wird den Gemeinden **dringend** empfohlen, die **Verordnungen** über die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe formal und inhaltlich zu prüfen und gegebenenfalls neu zu erlassen.

Hinweis: Jedenfalls neu zu erlassen ist die Verordnung, wenn die vom Gemeinderat festgesetzte Höhe der

Freizeitwohnsitzabgabe unter den vom TFLAG festgelegten Mindestbeträgen liegt. Der Gemeinderatsbeschluss und die Kundmachung haben dabei jedenfalls noch im Jahr 2022 zu erfolgen.

Für die zur Bemessung der Freizeitwohnsitzabgabe anzuwendende Rechtslage ist der Zeitpunkt der Entstehung des Abgabensanspruches maßgeblich.

2. Leerstandsabgabe

Mit Inkrafttreten des Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabegesetzes am 1. Jänner 2023 unterliegen Gebäude, Wohnungen und sonstige Teile von Gebäuden, die über einen durchgehenden Zeitraum von sechs Monaten nicht als Wohnsitz verwendet werden (Leerstand), einer Leerstandsabgabe. Auch die Leerstandsabgabe ist als ausschließliche Gemeindeabgabe konzipiert, für deren Erhebung jede Gemeinde eine Verordnung über die Höhe der Leerstandsabgabe zu erlassen hat. Dabei sind die Mindest- und Höchstbeträge bereits durch das TFLAG festgelegt. Die Gemeinden sind nach § 6 Abs. 3 TFLAG dazu **verpflichtet**, die Leerstandsabgabe zu erheben.

Für die Betrachtung des Zeitraumes eines Leerstandes sollen nur ganze Kalendermonate maßgeblich sein; beginnt oder endet die Wohnsitznahme z.B. in der Mitte des Monats, so ist der betreffende Monat nicht zu zählen.

Was als Wohnsitz im Sinne des Gesetzes gilt ist in § 6 Abs. 2 TFLAG geregelt. Dazu zählen der Hauptwohnsitz, der Freizeitwohnsitz, Wohnsitze zur Ausübung eines Berufes oder einer Erwerbstätigkeit sowie Wohnsitze, die für die Dauer des Besuches von Schulen, Hochschulen oder Universitäten verwendet werden. Solange Gebäude, Wohnungen und sonstige Teile von Gebäuden als Wohnsitz iSd § 6 Abs. 2 TFLAG verwendet werden kann aufgrund der Legaldefinition kein Leerstand vorliegen.

Trotz des Vorliegens eines Leerstandes sieht das TFLAG im § 7 Ausnahmen von der Abgabepflicht vor. Von der Abgabepflicht ausgenommen sind demnach Gebäude, Wohnungen oder sonstige Teile von Gebäuden,

a) die aus rechtlichen, bautechnischen oder vergleichbaren Gründen nicht gebrauchstauglich oder nutzbar sind;

b) mit bis zu zwei Wohnungen, in denen der bzw. die Eigentümer des Gebäudes in einer der Wohnungen ihren Hauptwohnsitz hat bzw. haben;

c) die für gewerbliche, land- und forstwirtschaftliche oder berufliche Zwecke verwendet werden, wie insbesondere Ordinationen, Büros, Kanzleien, Privatzimmervermieter und Geschäftslokale;

d) die von den Eigentümern aus gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen nicht mehr als Hauptwohnsitz verwendet werden können;

e) die trotz geeigneter Bemühungen über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten nicht zum ortsüblichen Mietzins vermietet werden können;

f) die betriebstechnisch notwendig sind, Wohnungen im Rahmen land- und/oder forstwirtschaftlicher Betriebe sowie Dienst- und Naturalwohnungen;

g) für die ein zeitnaher Eigenbedarf besteht.

Der jeweilige Ausnahmetatbestand ist vom Abgabepflichtigen im Zuge der Abgabenerklärung bekannt zu geben und glaubhaft zu machen.

Nähere Ausführungen zu den einzelnen Ausnahmetatbeständen können den Erläuternden Bemerkungen entnommen werden.

Der Abgabenschuldner der Leerstandsabgabe ist der Eigentümer des Grundstückes, auf dem sich der Leerstand befindet. Miteigentümer schulden die Abgabe zur ungeteilten Hand; dies gilt nicht im Fall von Wohnungseigentum. Abweichend davon ist bei Leerstand auf fremdem Grund der Eigentümer der leerstehenden Wohnung, im Fall eines Baurechtes der Bauberechtigte Abgabenschuldner. Im Fall von Wohnungseigentum ist der Wohnungseigentümer der Abgabenschuldner.

Die Höhe der Leerstandsabgabe ist in Abhängigkeit von der Nutzfläche mit Verordnung des Gemeinderates festzulegen. Analog zur Freizeitwohnsitzabgabe gibt das Gesetz auch bei der Leerstandsabgabe die Mindest- und Höchstbeträge der Abgabe vor. Bei der Festlegung der Höhe der Leerstandsabgabe ist hierbei auf den Verkehrswert der Liegenschaften in der Gemeinde Bedacht zu nehmen. Eine Besonderheit bei der Festsetzung der Höhe der Leerstandsabgabe ist die erhöhte Abgabe für **jene Gemeinden**, die mit Verordnung der Landesregierung vom 5. Juli 2022, LGBl. Nr. 71/2022,

aufgrund eines besonders hohen Druckes auf den Wohnungsmarkt zu **Vorbehaltsgemeinden** erklärt wurden. Diese Gemeinden haben sich an den erhöhten Sätzen des § 9 Abs. 4 TFLAG zu orientieren.

Der Abgabensanspruch entsteht für die ersten sechs Kalendermonate mit Vollendung des sechsten Monats, in dem ein Leerstand nach § 6 Abs. 1 TFLAG besteht und in weiterer Folge mit Ablauf des jeweiligen Kalendermonats, in dem ein Leerstand nach § 6 Abs. 1 TFLAG besteht. Da die Leerstandsabgabe wie die Freizeitwohnsitzabgabe als Selbstbemessungsabgabe konzipiert wurde hat der Abgabenschuldner die Abgabe für die im abgelaufenen Kalenderjahr entstandenen Abgabensprüche bis zum 30. April des Folgejahres selbst zu bemessen und unter Bekanntgabe der Bemessungsgrundlage nach § 9 TFLAG an die Gemeinde zu entrichten. Die Leerstandsabgabe ist nach der Nutzfläche der Wohnung und den Kalendermonaten zu bemessen. Die Berechnung der Nutzfläche wurde bei der Freizeitwohnsitzabgabe und der Leerstandsabgabe inhaltsgleich gestaltet.

Nach § 4 der Bundesabgabenordnung - BAO, BGBl. Nr. 194/1961, entsteht der Abgabensanspruch, sobald der Tatbestand verwirklicht ist, an den das Gesetz die Abgabepflicht knüpft. Abgabentatbestand der Leerstandsabgabe ist das Vorliegen eines Leerstandes nach § 6 Abs. 1 TFLAG, d.h. ein Gebäude, eine Wohnung oder sonstige Teile von Gebäuden werden über einen durchgehenden Zeitraum von mindestens sechs Monaten nicht als Wohnsitz verwendet.

Ist der Tatbestand erfüllt, hat ungeachtet des Vorliegens einer Ausnahme nach § 7 jedenfalls eine Selbstbemessung zu erfolgen; allfällige Ausnahmetatbestände sind vom Abgabenschuldner in der Abgabenerklärung glaubhaft zu machen (§ 10 Abs. 2 TFLAG). Dabei wird insbesondere auf die Bestimmungen des § 119 BAO (Offenlegungs- und Wahrheitspflicht des Abgabenschuldners) und § 120a BAO (Anzeigepflicht) sowie auf die Bestimmungen des Tiroler Abgabengesetzes, LGBl. Nr. 97/2009, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 46/2020, hingewiesen.

Allenfalls kann nach § 201 BAO auch eine (amtswegige) Festsetzung der Abgabe mit Abgabenbescheid erfolgen, insbesondere auch nach einer Wiederaufnahme des

Verfahrens gemäß § 303 BAO, etwa wenn in Bezug auf einen geltend gemachten Ausnahmegrund falsche Angaben gemacht wurden oder neue Tatsachen hervorkommen, sodass aufgrund des nachträglichen Wegfalls des Ausnahmegrundes die Abgabe neu festzusetzen und nachzuzahlen ist.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der **frühest** mögliche Zeitpunkt zur Selbstbemessung der Leerstandsabgabe im Frühjahr 2024 liegt. Berechnungsbeispiele zur Leerstandsabgabe können den Erläuternden Bemerkungen entnommen werden.

Hinweis: In der Wissensdatenbank (WIKI) im Portal Tirol steht eine Musterverordnung über die Festlegung der Höhe der Leerstandsabgabe zur Verfügung.

3. Gemeinsame Bestimmungen für die Freizeitwohnsitz- und die Leerstandsabgabe

Auf Verlangen der Abgabenbehörde hat der Abgabepflichtige eine Abgabenerklärung über die für die Bemessung der Abgabe maßgeblichen Verhältnisse einzureichen und hierzu erforderliche Unterlagen vorzulegen.

Bei Vorliegen eines **konkreten Verdachtes** („zum Zweck der Erhebung der Abgabe“) sind den Organen der Abgabenbehörde die Zufahrt und zu angemessener Tageszeit der Zutritt zu dem jeweiligen Objekt zu gewähren und die erforderlichen Auskünfte über dessen Verwendung zu erteilen. Ist aufgrund bestimmter Tatsachen eine Nutzung anzunehmen, die dem Abgabengegenstand entspricht, haben die Versorgungs- oder Entsorgungsunternehmen, die Erbringer von Postdiensten oder von elektronischen Zustelldiensten auf Anfrage der Behörde die zur Beurteilung der Nutzung erforderlichen Auskünfte zu erteilen oder die erforderlichen personenbezogenen Daten zu übermitteln.

Darüber hinaus ist die Abgabenbehörde zum Zweck der Erhebung der Leerstandsabgabe berechtigt, eine Verknüpfungsanfrage mit dem Zentralen Melderegister nach dem Kriterium Wohnsitz und einen Abgleich mit den Daten des lokalen Gebäude- und Wohnungsregisters durchzuführen (§ 11 Abs. 2 und 3 TFLAG).

Verordnungen nach diesem Gesetz können nach der ausdrücklichen Bestimmung des § 14 Abs. 3 TFLAG von dem Tag seiner Kundmachung folgenden Tag an erlassen werden. Sie dürfen jedoch frühestens mit 1. Jänner 2023 in Kraft treten.

Hinweis: Im Herbst werden von der Abt. Gemeinden Schulungen zum Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabegesetz- insbesondere zur Leerstandsabgabe - angeboten. Eine **gesonderte Einladung** der Abt. Gemeinden zu diesen Veranstaltungen wird zeitnah erfolgen.

4. Hinweise zur Verbuchung der Abgaben

Die Verbuchung der **Leerstandsabgabe** hat über das **Konto 8320** „Leerstandsabgabe“ unter dem **Ansatz 920** „Ausschließliche Gemeindeabgaben“ zu erfolgen.

Die Verbuchung der **Freizeitwohnsitzabgabe** ist wie schon bisher über das **Konto 8420** „Freizeitwohnsitzabgabe“ ebenfalls unter dem **Ansatz 920** „Ausschließliche Gemeindeabgaben“ vorzunehmen. Beide Konten sind im Kontenrahmen in der Gemeindeanwendung 3.0 hinterlegt.

5. Handlungsbedarf für die Gemeinden

Freizeitwohnsitzabgabe:

Die Gemeinden haben die bisher geltende Verordnung über die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe im Hinblick auf die Höhe der Abgabe zu überprüfen. Liegt die festgesetzte Abgabe unter den im Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabegesetz festgelegten Mindestbeträgen, so hat der Gemeinderat eine neue Verordnung zu erlassen. Der Gemeinderatsbeschluss und die Kundmachung der Verordnung haben noch im Jahr **2022** zu erfolgen.

Leerstandsabgabe:

Der Gemeinderat hat noch im Jahr **2022** eine Verordnung über die Höhe der Leerstandsabgabe zu beschließen und diese kundzumachen.

Die Verordnung(en) sind nach Beschlussfassung und erfolgter Kundmachung an die Abt. Gemeinden zur Verordnungsprüfung zu übermitteln. Dabei sind ein Auszug aus der Niederschrift des Gemeinderates, aus dem die Anwesenheits- und Beschlussfassungsverhältnisse betreffend die Verordnung hervorgehen, sowie die Übermittlung eines vollständig ausgefüllten Kundmachungsvermerkes vorzulegen.

41.

Aktuelle Rechtsfragen zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 - TGO

1. Übertragung von Aufgaben des Gemeinderates an den Gemeindevorstand

a) Allgemeines:

§ 30 Abs. 2 lit. a TGO sieht aus Gründen der Arbeitsvereinfachung oder Raschheit vor, dass die Erlassung von Verordnungen durch den Gemeinderat an den Gemeindevorstand oder an den Bürgermeister delegiert werden kann, soweit in den einzelnen Materiengesetzen nicht ausdrücklich der Gemeinderat als verordnungserlassendes Organ vorgesehen ist. Da damit **Hoheitsrechte übertragen** werden, die einen unbestimmten Personenkreis berühren, bedarf eine derartige Übertragung der **Verordnungsform**.

Zwingend dem **Gemeinderat vorbehalten** bleiben nach

dieser Bestimmung die Erlassung von **ortspolizeilichen Verordnungen, Satzungen** und die **Ausschreibung von Gemeindeabgaben**.

In Bezug auf **dienstrechtliche Angelegenheiten** ist in § 30 Abs. 2 lit. b Z 1 TGO normiert, dass die Entscheidung über Vorhaben nach Abs. 1 lit. h betreffend die Begründung oder Beendigung von Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse, deren Dauer sechs Monate übersteigt, dem Gemeindevorstand (oder einem für wirtschaftliche Unternehmen oder Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit eingerichteten Ausschuss) übertragen werden kann. Eine Übertragung hinsichtlich des Dienstposten- oder Stellenplanes sowie weitergehender Personalangelegenheiten - wie beispielweise die Änderung von Dienstverhältnissen - ist

somit nicht zulässig.

Weiters kann nach § 30 Abs. 2 lit. b TGO die Entscheidung über Vorhaben betreffend den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Liegenschaften (Abs.1 lit. j), die Verwirklichung und Finanzierung von Vorhaben nach § 82 (Abs. 1 lit. m), die Gewährung von verlorenen Zuschüssen (Abs. 1 lit. o) und die Abgabe und Annahme von Erklärungen, den Abschluss von Vereinbarungen, insbesondere den Erwerb und die Veräußerung beweglicher Sachen und die Vergabe von Leistungen, wenn der Wert dieser Rechtsgeschäfte in der Gesamtabrechnung oder bei regelmäßig wiederkehrenden Vergaben der Jahresbetrag 10 v. H. der im Rechnungsabschluss des zweitvorangegangenen Jahres ausgewiesenen Erträge nach Abschnitt 92 der Anlage 2 zur Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 übersteigt (Abs. 1 lit. p) sowie das Recht zur Meinungsäußerung nach § 50 Abs. 1 dritter Satz an den Gemeindevorstand oder einem für wirtschaftliche Unternehmen oder Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit eingerichteten Ausschuss übertragen werden.

Andere als diese gesetzlich vorgesehenen **Angelegenheiten** dürfen **nicht** übertragen werden. Die Übertragung und der Widerruf der Übertragung bedürfen der Schriftform und sind nach § 60 Abs. 1 kundzumachen.

b) Zuständigkeit Wohnungsvergabe:

Die Bestimmung des § 30 Abs. 1 lit. j TGO sieht vor, dass der Gemeinderat über den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Liegenschaften entscheidet. Nach § 30 Abs. 2 lit. b Z 1 TGO kann der Gemeinderat die Entscheidung über derartige Vorhaben dem Gemeindevorstand oder einem für wirtschaftliche Unternehmen oder Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit eingerichteten Ausschuss übertragen.

Grundsätzlich kann die **Vergabe** von Grundstücken oder **Wohnungen** somit vom Gemeinderat an den Gemeindevorstand übertragen werden. Eine Übertragung dieser Aufgabe an den Bürgermeister ist in der Tiroler Gemeindeordnung nicht vorgesehen.

2. Gemeinderatssitzungen - Ausschluss der Öffentlichkeit

§ 36 TGO sieht grundsätzlich vor, dass die Sitzungen des Gemeinderates öffentlich sind. Lediglich in **Ausnahmefällen** kann die **Öffentlichkeit** von einer Sitzung für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung über einen Verhandlungsgegenstand **ausgeschlossen** werden. In diesem Zusammenhang sind besondere Gründe und eine qualifizierte Mehrheit (Zwei-Drittel) erforderlich. Als derartige Gründe kommen etwa sensible Personalangelegenheiten, Stellenbesetzungen oder Angelegenheiten mit einem hohen emotionalen Wert in Betracht.

Der Ausschluss der Öffentlichkeit ist in jeder Sitzung gesondert mit **Zwei-Drittel-Mehrheit** zu beschließen. Eine Untergliederung der Tagesordnung in einen öffentlichen und nicht öffentlichen Teil ist nicht ausreichend. Ebenso wenig die Fassung eines Grundsatzbeschlusses, dass für bestimmte Angelegenheiten generell in Zukunft die Öffentlichkeit ausgeschlossen sein soll.

Bei der Beratung und Beschlussfassung über den **Voranschlag** und den **Rechnungsabschluss** der Gemeinde, über die Ausschreibung der **Gemeindeabgaben** und über die **Bezüge der Gemeindefunktionäre** darf die Öffentlichkeit **nicht ausgeschlossen** werden.

3. Vertretung der Gemeinde in Organen von ausgegliederten Unternehmen

Gemäß § 55 Abs. 1 TGO vertritt der **Bürgermeister** die Gemeinde nach außen. Somit **vertritt** dieser die Gemeinde auch in den Organen von **ausgegliederten Unternehmen** (z.B. in der Generalversammlung einer GmbH). Dabei hat der Bürgermeister die Beschlüsse der übrigen Gemeindeorgane zu vollziehen und ist im Innenverhältnis an diese gebunden. Eine **kollegiale Vertretung** der Gemeinde in Organen von juristischen Personen, beispielsweise durch den **Gemeindevorstand**, sieht das Gesetz **nicht** vor.

42.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2022

Ertragsanteile an	2021	2022	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-629.182	-44.017	585.165	93,00
Lohnsteuer	26.036.810	26.218.163	181.353	0,70
Kapitalertragsteuer	3.249.682	5.543.550	2.293.868	70,59
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.024.270	1.207.690	183.420	17,91
Körperschaftsteuer	588.747	1.264.758	676.011	114,82
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	330	140	-190	-57,53
Stiftungseingangssteuer	13.611	14.936	1.324	9,73
Bodenwertabgabe	-2.689	-40.535	-37.846	-1407,57
Stabilitätsabgabe	569	1.237	668	117,40
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	30.282.148	34.165.922	3.883.775	12,83
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	20.894.969	27.963.956	7.068.987	33,83
Tabaksteuer	1.782.730	1.800.205	17.475	0,98
Biersteuer	174.793	205.734	30.941	17,70
Mineralölsteuer	2.988.501	3.694.257	705.755	23,62
Alkoholsteuer	120.879	114.956	-5.922	-4,90
Schaumweinsteuer	1.264	1.098	-166	-13,14
Kapitalverkehrsteuern	242	11	-232	-95,55
Werbeabgabe	98.872	88.640	-10.231	-10,35
Energieabgabe	347.169	314.080	-33.089	-9,53
Normverbrauchsabgabe	444.768	516.259	71.491	16,07
Flugabgabe	13.278	110.513	97.234	732,27
Grunderwerbsteuer	13.295.179	13.711.844	416.665	3,13
Versicherungssteuer	1.131.385	1.187.358	55.972	4,95
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.362.893	2.436.881	73.988	3,13
KFZ-Steuer	9.002	15.675	6.674	74,14
Konzessionsabgabe	232.012	208.935	-23.076	-9,95
Summe sonstige Steuern	43.897.935	52.370.401	8.472.466	19,30
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	74.180.083	86.536.323	12.356.240	16,66

43.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2022

Ertragsanteile an	2021	2022	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	27.495.292	35.522.193	8.026.901	29,19
Lohnsteuer	237.601.215	216.075.262	-21.525.953	-9,06
Kapitalertragsteuer	16.491.786	24.164.635	7.672.849	46,53
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	7.269.231	9.822.588	2.553.357	35,13
Körperschaftsteuer	51.646.185	80.384.699	28.738.514	55,64
Abgeltungssteuern Schweiz	-13	0	13	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-304	0	304	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.948	2.315	367	18,83
Stiftungseingangssteuer	68.657	314.803	246.146	358,52
Bodenwertabgabe	414.769	646.869	232.100	55,96
Stabilitätsabgabe	619.453	649.013	29.561	4,77
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	341.608.218	367.582.377	25.974.159	7,60
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	151.668.550	185.392.854	33.724.304	22,24
Tabaksteuer	12.972.438	13.554.383	581.945	4,49
Biersteuer	1.236.022	1.260.851	24.829	2,01
Mineralölsteuer	24.738.084	28.579.404	3.841.320	15,53
Alkoholsteuer	860.159	1.130.684	270.525	31,45
Schaumweinsteuer	-8.110	12.604	20.715	255,41
Kapitalverkehrssteuern	-16.061	4.097	20.158	125,51
Werbeabgabe	692.525	729.177	36.652	5,29
Energieabgabe	6.827.459	6.396.612	-430.846	-6,31
Normverbrauchsabgabe	2.766.818	2.468.614	-298.204	-10,78
Flugabgabe	81.810	590.944	509.134	622,34
Grunderwerbsteuer	107.842.390	119.544.985	11.702.595	10,85
Versicherungssteuer	8.836.664	9.380.653	543.989	6,16
Motorbezogene Versicherungssteuer	16.174.856	16.992.538	817.682	5,06
KFZ-Steuer	403.556	430.930	27.375	6,78
Konzessionsabgabe	2.105.267	2.025.190	-80.076	-3,80
Summe sonstige Steuern	337.182.426	388.494.520	51.312.094	15,22
Kunstförderungsbeitrag	91.065	89.801	-1.264	-1,39
Gesamtsumme	678.881.709	756.166.698	77.284.989	11,38
Zwischenabrechnung	13.048.864	29.486.125	16.437.261	125,97
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	691.930.573	785.652.823	93.722.250	13,55

VERBRAUCHERPREISINDEX		
für Juni 2022		
(vorläufiges Ergebnis)		
	Mai 2022	Juni 2022
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2020		
Basis: Durchschnitt 2020 = 100	110,0	111,5
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	119,0	120,6
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	131,8	133,6
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	144,3	146,3
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	159,5	161,7
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	167,9	170,1
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	219,5	222,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	341,1	345,8
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	598,7	606,9
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	762,9	773,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	765,4	775,8
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat Juni 2022 beträgt 111,5 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 1,5 Punkte (+ 8,7 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Siehe auch Link Statistik Austria</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck